

Voraussichtlich Minister: Maria Meyer-Sevenich

Die Entscheidung über die Wiederbesetzung des seit einem Vierteljahr vakanten Ministerpostens im Niedersächsischen Landeskabinett ist heute gefallen, wenn es auch formell nur eine Vorentscheidung ist. Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat nach gemeinsamer Sitzung mit dem SPD-Landesausschuss beschlossen, als neuen Minister des Landes für Bundesangelegenheiten und für Vertriebenen eine Frau vorzuschlagen, die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maria Meyer-Sevenich. Der Vorschlag geht an den Ministerpräsidenten, der nach der Verfassung die Minister beruft. So groß in Niedersachsen die Überraschung über die Personenauswahl ist, so klein ist der Zweifel, daß der Vorschlag realisiert wird. Was die zwei mächtigsten Führungsgremien der im Parlament stärksten Partei vorschlagen, das ist erfahrungsgemäß bereits nahezu getan, auch, wenn der Beschluß nicht einmütig gefaßt wurde.

Die voraussichtliche Ministerin Niedersachsens in Bonn, deren Benennung heute beschlossen wurde, gehört zu der "alten Garde" in der niedersächsischen Landespolitik. Das Landtagshandbuch weist die 1907 geborene Kölnerin als Schriftstellerin aus. Dem niedersächsischen Parlament gehört sie seit der ersten Wahl 1947 an. Der auch heute noch streitbaren, ja, kämpferischen Politikerin waren in der Nazizeit Verfolgung, Gestapohaft, Zuchthaus und Emigration nicht erspart geblieben. Vor 1933 hatte sie sich aktiv in marxistischen Organisationen betätigt. In der Emigration wandte Frau Sevenich sich in der inneren Haltung stärker ihrer katholischen Kirche und im politischen Streben christlichen Bewegungen zu. 1945 gehörte sie, nach Deutschland heimgekehrt, zu den Mitbegründern der CDU, von der sie sich aber 1948 wieder abwandte. Für die Sozialdemokratische Partei hat sie sich dann 1949 entschieden.



In die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist unter anderem ihr persönlicher Hungerstreik im Jahre 1946, mit dem sie auf die Not in der britischen Zone hinwies. Die Abgeordnete Maria Meyer-Sevenich konnte der gespannten Aufmerksamkeit des Niedersächsischen Landtages, aber auch einer gewissen, mehr gefühlsmäßigen, Opposition eines Teiles des Hauses stets sicher sein, wenn sie das Wort ergriff, und ihrer Meinung mit großem Angriffsgeist, geschliffener Formulierung und oft erheblicher Brisanz Ausdruck gab.

Dem heute gefundenen Vorschlag der sozialdemokratischen Gremien sind lange Wochen der Diskussion und Spekulation vorausgegangen. Der Name des Landtagspräsidenten Richard Lehnert war genannt worden, der des Hildesheimer Regierungspräsidenten Dr. Rabus, und noch vor wenigen Tagen wollten die sprichwörtlichen "gut unterrichteten Kreise" wissen, daß der Landesausschuß-Vorsitzende der SPD, Egon Franke, selbst für das Ministeramt benannt würde. Der Gedanke, das Vertriebenenministerium in Hannover, das seit 1963 auch die Verbindung zum Bund wahrnimmt, nach dem Tode des bisherigen Amtsinhabers Dr. Miede am 6. Juli dieses Jahres ganz aufzulösen und seine Aufgaben auf andere Ressorts zu verteilen, war in der Debatte kurz aufgetaucht und schnell wieder beiseite geschoben worden. Vor der Bundestagswahl mochten die Parteien weder in der Regierung noch in der Opposition ein so heißes Eisen anfassen; niemand verzichtet gern auf Vertriebenenstimmen, und einen Minister in Bonn leisten sich andere Länder auch. Auch hätte eine Verringerung der Ministerienzahl in Hannover den Koalitionsproporz durcheinander gebracht, der jetzt mit der Benennung der Kandidatin für das 8. Ressort wieder stimmt; es bleibt bei 4 zu 4 für SPD und CDU. Offen ist noch eine Frage zweiter Ordnung, die sich ebenfalls aus dem Umgang in der Koalition ergibt, die Besetzung von zwei Staatssekretärspositionen. Nach der Absprache soll jeder



Minister mit dem Staatssekretär seiner Wahl arbeiten dürfen. Im "SPD"-Ministerium für Bundesangelegenheiten und für Vertriebene ist dieser Posten frei, im CDU-geführten Justizministerium aber noch entgegen der genannten Regelung besetzt. Die CDU hat deshalb bereits an die Tür geklopft. Nun, nachdem der Minister, oder vielmehr die Ministerin, gefunden ist, wird auch dieses Problem sich lösen lassen. Ein Termin aber rückt bei den Überlegungen und Entscheidungen mehr und mehr in den Vordergrund, der Termin der nächsten niedersächsischen Landtagswahl im Frühjahr 1967. Auch der Vorschlag für die Wiederbesetzung des Vertriebenenministeriums ist gewiß nicht ohne Seitenblick auf diesen Termin und ohne Gedanken, einen Übergang zu finden, beschlossen worden.